



GEMISCHTER PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS EUROPÄISCHE UNION-CHILE

Gemeinsame Erklärung

XXII. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Europäische Union–Chilenischer Nationalkongress

Montag, 25. April, und Dienstag, 26. April 2016

Brüssel, Belgien

Die Delegationen des Europäischen Parlaments und des Chilenischen Nationalkongresses vereinbaren zum Abschluss der XXII. Sitzung des Parlamentarischen Assoziationsausschusses Europäisches Parlament – Chilenischer Nationalkongress unter der Leitung ihrer Ko-Vorsitzenden, der Abgeordneten Constanze **KREHL** und des Abgeordneten Pablo **LORENZINI**, gemäß der Geschäftsordnung des GPA und gemäß Artikel 9 des im Jahr 2002 unterzeichneten Assoziationsabkommens EU-Chile folgende

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

1. Die Delegationen des Europäischen Parlaments und des Chilenischen Nationalkongresses haben bis zu diesem Zeitpunkt 21 gemeinsame Sitzungen abgehalten. In diesem Zusammenhang heben sie die Rolle des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses als wichtiges Diskussionsforum und Austauschforum zu Themen von gegenseitigem Interesse hervor. Sie bedauern jedoch, dass seit dem Jahr 2013 nicht mehr zwei jährliche Sitzungen dieses Mechanismus für den Dialog abgehalten werden, wie es seit der Gründung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses gehandhabt wurde.
2. Beide Delegationen bekräftigen, dass sie die Terroranschläge, die am 22. März 2016 in der belgischen Hauptstadt im Herzen Europas verübt wurden und 32 Todesopfer und mehr als 300 Verletzte aus vierzig verschiedenen Nationen forderten, darunter auch Opfer aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, auf das Schärfste verurteilen. Sie verleihen weiterhin ihrem aufrichtigen Beileid und ihrer Solidarität mit den Familien der Opfer und Verletzten sowie den belgischen Behörden und dem belgischen Volk und der in Brüssel lebenden internationalen Gemeinschaft Ausdruck. Sie betonen, dass die in Brüssel verübten Anschläge unseren Grundsätzen und Werten, unserer Lebensweise

sowie der Freiheit und den Grundrechten widersprechen. Sie unterstreichen weiterhin die Notwendigkeit, einer Eskalation von Terrorismus und extremistischer Gewalt, die eine gemeinsame Bedrohung für die ganze Welt darstellen, die Stirn zu bieten.

3. In diesem Sinne setzen sich die Delegationen für eine stärkere Unterstützung des globalen Kampfes gegen den Terrorismus durch die Verstärkung der Maßnahmen, Mechanismen und Organe für die globale und regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerrechts und gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ein. Sie heben die Rolle Chiles hervor, das für den Zeitraum 2016–2018 den Vorsitz des Interamerikanischen Ausschusses gegen Terrorismus (Comité Interamericano contra el Terrorismo, CICTE) innehat, woraus sich Möglichkeiten ergeben, die Wege der Zusammenarbeit in diesem Bereich zwischen Europa und Lateinamerika zu stärken.
4. Beide Delegationen trauern zutiefst um den verstorbenen früheren Präsidenten der Republik Chile, Don Patricio Aylwin Azócar, den ersten demokratisch gewählten Regierungschef des Landes nach dem Ende der Diktatur, dessen großer historischer Verdienst es ist, Chile in dem erfolgreichen Wandel hin zu einer Demokratie angeführt zu haben. Sein Leben lang lagen ihm soziale Belange und Gerechtigkeit sehr am Herzen, und er setzte sich für die Menschenrechte und ethische Werte in der Politik ein. Während seiner Amtszeit trug Don Patricio Aylwin Azócar in entscheidendem Maße zu engeren Verbindungen zwischen Chile und der Europäischen Union bei.
5. Die europäische Delegation nimmt die Wachstumsprognosen für die chilenische Wirtschaft zur Kenntnis, die für 2016 um 2 % liegen, was unterschiedliche Ursachen hat. Sie begrüßt jedoch die positive Bewertung des Prozesses der von Chile verabschiedeten Anpassungen, steuerlichen Konsolidierung und flexiblen Währungspolitik durch den IWF und bewertet auch die stabilen politischen Rahmenbedingungen, die glaubwürdigen Institutionen, die stabilen Finanzmärkte und die geringen Außenverschuldung als positive Elemente, die die Beibehaltung solider Grundlagen für das künftige Wirtschaftswachstum ermöglicht haben. Sie erinnert an die Bedeutung eines inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Sie erneuert ihre Empfehlung, die Inhalte weiter zu verbreiten und den Dialog mit den übrigen Interessenträgern zu verstärken, insbesondere mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen, die die wichtigsten Akteure bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in Chile und der Europäischen Union sind, und auf Vertreter der Zivilgesellschaft.
6. Die europäische Delegation hebt die in Chile kürzlich verabschiedeten Reformen in den Bereichen Bildung, Parteienfinanzierung, Wahlrecht und Förderung der Demokratie hervor. Sie begrüßt die großen Fortschritte in den Bereichen Transparenz und Korruptionsbekämpfung, die sich in einem stärkeren Vertrauen der Bevölkerung in die öffentlichen Institutionen des Landes äußern werden.
7. Die Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments heben die Einführung der Direktwahl für die regionalen Behörden hervor sowie die kürzlich von der chilenischen Abgeordnetenkammer verabschiedete Rechtssetzungsinitiative, mit der das Wahlrecht von im Ausland lebenden Chilenen bei Präsidentschaftswahlen und nationalen Referenden gemäß der Verfassungsreform aus dem Jahr 2014 geregelt wird.

8. Die Delegation des Europäischen Parlaments nimmt den von der Regierung von Präsidentin Bachelet eingeleiteten Verfassungsreformprozess zur Kenntnis, der als ersten Schritt die Informierung und Sensibilisierung der Bevölkerung als Vorstufe zu einem Prozess des Bürgerdialogs auf verschiedenen Ebenen zur Sammlung von Vorschlägen für den neuen Text unter Berücksichtigung der Meinungen der Bürger beinhaltet.
9. Ferner begrüßt sie das Engagement Chiles in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht und den Schutz von Flüchtlingen, das sich in dem neuen Humanitären Hilfsprogramm widerspiegelt, in dessen Rahmen Antragssteller Leistungen zur Finanzierung von Elementen der Grundversorgung wie Wasser, Strom und Gas sowie für den Zugang zu Wohnraum, der Anerkennung von Studienleistungen, der Aus- und Weiterbildung oder der Unternehmensgründung erhalten. In diesem Sinne begrüßt sie insbesondere die Entscheidung Chiles, 100 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, und zeigt sich auch erfreut über den von den chilenischen Behörden in Zusammenarbeit mit der syrischen Gemeinschaft ausgearbeiteten Plan für eine schnelle Integration der Flüchtlinge.
10. Die Teilnehmer der europäischen Delegation heben die gesetzlichen Änderungen zur Schaffung spezifischer Institutionen für die indigenen Völker in Chile hervor – des Ministeriums für indigene Völker (Ministerio de Pueblos Indígenas), des Nationalen Rates für indigene Völker (Consejo Nacional de los Pueblos Indígenas), des interministeriellen Rates der indigenen Völker (Consejo Interministerial Indígena) und der Räte jedes der neun indigenen Völker –, die als Mechanismus dienen werden, um neue, bereichsübergreifende staatliche politische Maßnahmen voranzutreiben, die den Forderungen dieser Gemeinschaften Rechnung tragen. Sie nehmen weiterhin den kürzlich der Regierung vorgelegten Vorschlag zur Beilegung des sogenannten „Mapuche-Konflikts“ wohlwollend zur Kenntnis, der neben dem Anstoß zur Einrichtung der genannten Institutionen auch die Schaffung eines öffentlichen Verzeichnisses für Grundstücksangebote beinhaltet, da das Thema des Landrechts eine der Hauptursachen für die Probleme in den von Mapuche-Völkern bewohnten Gebieten ist, sowie Entschädigungen für Personen, die in diesen Gebieten Opfer von Gewalt werden. Sie erinnern an die Bedeutung der Bemühungen um soziale Eingliederung und Chancengleichheit für alle Bürger.
11. Die Delegation des Europäischen Parlaments beobachtet mit Befriedigung den Gesetzentwurf des Chilenischen Kongresses für ein Migrationsgesetz, welches die geltenden Rechtsvorschriften von 1975 ersetzen soll. Der Entwurf sieht ein neues System für die Einreiseerlaubnis nach Chile vor sowie Maßnahmen, durch die Visa nicht mehr ausschließlich zweckgebunden – z. B. im Hinblick auf einen Arbeitsvertrag – vergeben werden sollen. Ziel des neuen Gesetzes ist es, Maßnahmen zur wirksamen und effizienten Lenkung der Migrationsströme nach Chile zu schaffen und ihr Potenzial auf der Grundlage aktualisierter Informationen über im Land lebende Ausländer und über ihre Wirkung auf die verschiedenen Bereiche der wirtschaftlichen Entwicklung voll auszuschöpfen.
12. Des Weiteren nimmt sie die Transpazifische Partnerschaft (TPP) zur Kenntnis, die am 4. Februar 2016 in Neuseeland von Chile und elf weiteren Ländern, die 40 % des weltweiten BIP, ein Drittel des gesamten Handels und ca. 800 Millionen Bürger vertreten, unterzeichnet wurde. Sie weist darauf hin, dass die Länder, die in letzter Zeit

die größten Fortschritte erzielt haben, erfahrungsgemäß diejenigen sind, die sich erfolgreich in den internationalen Handel eingefügt haben. In diesem Sinne äußert sie die Hoffnung, dass dieses Abkommen ein Instrument sein möge, um die Märkte der Partnerländer zu konsolidieren und gleichzeitig mehr hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Dieses Ziel vor Augen, öffnet das Abkommen mindestens 1 600 chilenischen Erzeugnissen, die bislang ausgeschlossen oder benachteiligt waren, den Zugang zu den Märkten der Partnerländer und bietet ihnen ferner die Möglichkeit der Ursprungskumulierung, um so eine stärkere Teilhabe der Partnerländer an den Wertschöpfungsketten zu ermöglichen.

13. Was die TPP angeht, so müssen diese Abkommen vertieft und ergänzende politische Vereinbarungen oder Protokolle vorgeschlagen werden, in denen die unerwünschten Auswirkungen und die von den gesellschaftlichen Akteuren und den besonders schutzbedürftigen Konsultationsteilnehmern benötigten Anpassungen behandelt werden, da bei den Mega-Handelsabkommen der neuen Generation eine größere politische Einflussnahme und eine stärkere Teilhabe der gesellschaftlichen Akteure sowie deren bessere Abstimmung untereinander vonnöten sind.
14. Die chilenische Delegation hebt hervor, dass die EU im vierten Jahr in Folge eine wirtschaftliche Erholung verzeichnen kann, was auf das gemäßigte Wachstum und insbesondere die Zunahme der Binnennachfrage zurückzuführen ist. Laut im Februar 2016 veröffentlichten Schätzungen der Europäischen Kommission wird für das Wirtschaftswachstum der gesamten EU ein gleichbleibender Wert von 1,9 % in diesem Jahr sowie von bis zu 2 % für das kommende Jahr prognostiziert. Zudem wird für die gesamte EU ein langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit von 11 % im Jahr 2015 auf 10,5 % im Jahr 2016 und 10,2 % im Jahr 2017 prognostiziert.
15. Die chilenische Delegation nimmt das zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erreichte Abkommen vom 20. Februar 2016 zur Einführung neuer Regelungen für das Vereinigte Königreich innerhalb der EU zur Kenntnis. Über dieses Abkommen wird im Vereinigten Königreich am 23. Juni dieses Jahres in einem Referendum abgestimmt, das die Zustimmung mit dem Verbleib des Landes in der EU verbindet, sodass das Abkommen in dem Fall, dass das Vereinigte Königreich im Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union stimmt, seine Gültigkeit verlieren würde. Das Abkommen beruht auf vier zentralen Punkten – stärkerer Schutz für die Mitgliedstaaten der EU außerhalb der Eurozone, vorübergehende Beschränkungen der Leistungen für Arbeitnehmer aus anderen Ländern der EU im Vereinigten Königreich, eine Ausnahme für das Vereinigte Königreich in Bezug auf die Intensivierung der politischen Union zwischen den Mitgliedstaaten der EU und die Annahme von Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt. Sie ist zuversichtlich, dass das genannte Abkommen die notwendigen Garantien bietet, damit die britischen Bürger für den Verbleib in der Europäischen Union stimmen.
16. Die chilenische Delegation nimmt das Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur Kenntnis, das im Kontext der Flüchtlingskrise, von der Europa und insbesondere Griechenland in den vergangenen Monaten betroffen waren, vereinbart wurde. Dieses Abkommen sieht vor, dass illegale Einwanderer, die über die Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, ab dem 20. März 2016 in die Türkei zurückgebracht werden, wenn ihr

Asylantrag abgelehnt wird. Die Länder der EU verpflichten sich unter Berücksichtigung der Schutzkriterien der Vereinten Nationen, genauso viele aus der Türkei kommende syrische Staatsbürger aufzunehmen wie Asylantragssteller von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgebracht werden. Andererseits wurde die Beschleunigung des Verfahrens zur Abschaffung der Visumerfordernis für türkische Staatsbürger bis spätestens Juni 2016 vereinbart. Die EU beschleunigt zudem die Auszahlung der im Rahmen des Mechanismus für Flüchtlinge in der Türkei bereitgestellten Summe von drei Milliarden Euro und hat sich ferner verpflichtet, zusätzliche drei Milliarden Euro als Finanzhilfe zur Verfügung zu stellen, wenn die von beiden Seiten eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.

17. Die Mitglieder beider Delegationen bekräftigen ihre Unterstützung des Prozesses zur Modernisierung des Assoziationsabkommens EU-Chile, um dieses mithilfe eines politischen Dialogs an den neuen Umfang der bilateralen Beziehungen anzupassen, der ihrem hohen Niveau gerecht wird und sie zukunftsfähig macht. Ein weiteres Ziel ist die Aufnahme neuer Handels- und Investitionskonzepte in das neue Abkommen, die in den letzten Jahren auf globaler Ebene entwickelt wurden. Sie unterstreichen, dass die Modernisierung diesen Veränderungen Rechnung tragen muss und Themen wie die Liberalisierung der Zollbestimmungen, die öffentliche Auftragsvergabe, den Handel mit Dienstleistungen und Investitionen sowie die Stärkung des Schutzes geografischer Herkunftsbezeichnungen, die Definition von Ursprungsregeln, die Aufhebung technischer Handelshemmnisse und die Einführung von Instrumenten zum Schutz von Handel und Wettbewerb einbringen soll und, mit der gleichen Bestrebung, Ziele im Bereich nachhaltige Entwicklung, insbesondere im Arbeitsrecht und im Gesundheitswesen, die Aufnahme der Geschlechtergleichstellung im Zusammenhang mit dem internationalen Handel oder die Korruptionsbekämpfung verfolgen soll. Hierbei soll der Privatsektor, insbesondere KMU sowie Vertreter von Gewerkschaften und aus anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, in den gesamten Prozess von der Ausarbeitung bis hin zur Umsetzung und Bewertung des Abkommens miteinbezogen werden.
18. Die Delegationen aus Europa und Chile setzen sich für die Einführung eines neuen Kooperationsmodells unter gleichberechtigten Partnern ein, das auf gemeinsame Interessensbereiche und den gemeinsamen Nutzen abzielt, besonders in Bezug auf die Themen Umwelt, Klimawandel, Energie, Landwirtschaft, Politik im Hinblick auf KMU und die soziale Verantwortung von Unternehmen, das EU-Programm Copernicus, Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte sowie Demokratie und Zivilgesellschaft. Zudem ermutigen sie beide Seiten, im Rahmen der regionalen Programme der EU zusammenzuarbeiten und gemeinsam an der Entwicklung möglicher Projekte für Drittländer in gemeinsamen Interessensbereichen zu arbeiten. Sie fordern beide Seiten dazu auf, ihre Erfahrungen in den Bereichen der fünf neuen, auf der VI. Tagung des Assoziationsrates im April 2015 beschlossenen Dialoge auszutauschen, insbesondere in den Bereichen Energie, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, kleine und mittelständische Unternehmen, soziale Verantwortung von Unternehmen, Sicherheit und Verteidigung. Sie teilen die bis dato erzielten Fortschritte bei der Ausarbeitung des Fahrplans für die Kooperation zwischen der EU und Chile mit und sind zuversichtlich, dass dieser in Kürze abgeschlossen und umgesetzt werden kann.

19. Innerhalb dieses Rahmens erachten es beide Delegationen für angemessen, die Debatte über die Möglichkeiten zur Aktualisierung der von der Weltbank und dem Entwicklungshilfesausschuss der OECD verwendeten Indikatoren zur Messung der Entwicklung zu eröffnen, damit in diese die Faktoren der nachhaltigen und inklusiven Entwicklung einbezogen werden, zu denen sich die Mitglieder der Vereinten Nationen in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichtet haben und aus der sich neue Notwendigkeiten und Dynamiken ergeben.
20. Die Delegation des Europäischen Parlaments erkennt die Rolle Chiles auf internationaler Bühne an, das einen wesentlichen Beitrag zum internationalen System und zur Einhaltung der internationalen Verträge einschließlich der Stabilität der Grenzen und der territorialen Integrität leistet. Sie vertritt die Auffassung, dass die von Bolivien vor dem Internationalen Gerichtshof vorgebrachte Forderung nach einem Zugang zum Meer eine ausschließlich bilaterale Angelegenheit ist. Sie betont des Weiteren, dass Chile ständig an der Förderung der Grundsätze eines wirksamen Multilateralismus sowie der Achtung des Völkerrechts, der souveränen Gleichheit der Staaten, der Menschenrechte, der Demokratie sowie der Förderung des Friedens arbeitet. Sie weist des Weiteren auf den Beitrag der chilenischen Streitkräfte zum Erfolg der Operation EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina sowie den Beitrag hin, den Chile insbesondere durch die Entsendung ziviler Komponenten zu den Krisenbewältigungseinsätzen der EU leisten kann.
21. Beide Delegationen verpflichten sich, auf allen internationalen Foren zusammenzuarbeiten, um die Initiativen voranzubringen, deren Ziel die Annahme politischer und legislativer Maßnahmen zur Verhinderung der in bestimmten Ländern im Schutze permissiver gesetzlicher Regelungen ausgeübten Praktiken der Steuerumgehung und des Steuerbetrugs ist.
22. Sie begrüßen die Erfolge, die in Chile durch das Programm AL-Invest IV erzielt wurden, das die Förderung der Internationalisierung und Konsolidierung von mehr als 6 000 Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen zum Ziel hat und dabei insbesondere auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Integration der Unternehmen in die europäischen Märkte sowie die Stärkung ihrer Struktur und ihrer Rolle als lokale Entwicklungspole ausgelegt ist. Sie sind zuversichtlich, dass das Programm AL-Invest V, das am 10. März 2016 eingeleitet wurde, weiterhin dazu beitragen wird, unternehmerische Zusammenschlüsse als Instrument für eine stärkere Integration chilenischer Unternehmen in die internationalen Wertschöpfungsketten zu fördern.
23. Sie begrüßen weiterhin die Ergebnisse des Programms EUROsociAL II, das die soziale Politik im Rahmen der kürzlich in Chile umgesetzten Reformen wesentlich unterstützt hat, insbesondere in den Bereichen Bildung, soziale Sicherung, Migrationspolitik, Integration von Frauen und jungen Menschen in den Arbeitsmarkt sowie die Politik zur Stärkung der Rechte von Kindern; sie begrüßen ferner die Teilnahme Chiles an den Kooperationsprogrammen Sur-Sur, deren Ziel der Erfahrungs- und Wissensaustausch u. a. in Steuerfragen sowie im Bereich der Transparenz und des Gesundheitswesens mit anderen Ländern aus Lateinamerika und der Karibik ist, nämlich Kolumbien, Uruguay, Peru und El Salvador.

24. Beide Delegationen bekräftigen ihre Verpflichtung gegenüber der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. In diesem Sinne schließen sie sich der am 11. März dieses Jahres von der chilenischen Nationalen Dienststelle für die Frau (Servicio Nacional de la Mujer de Chile) formulierten Verurteilung jeglicher Gewalt gegen Frauen an und verurteilen die Unterdrückung rechtmäßiger Forderungen von Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte von Frauen. Die europäische Seite begrüßt die Initiativen Chiles zur Gewährleistung einer stärkeren Beteiligung von Frauen in den Führungsorganen der politischen Parteien und am internationalen Handel, die Informations- und Sensibilisierungskampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen für Frauen, die Opfer von Gewalt werden.
25. Sie bekräftigen ihre Verpflichtung, die tatsächliche Ausübung der sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR) im In- und Ausland sowie in multinationalen Unternehmen, die ihren Sitz in ihrem Staatsgebiet haben oder in diesem tätig sind, zu fördern. Sie heben in diesem Kontext die Einhaltung der Grundsätze der CSR seitens der Unternehmen hervor, die, zusammen mit einer Folgenabschätzung bezüglich dieser Einhaltung ein zentrales Instrument auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist, die auf ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit beruht und damit für diese Unternehmen eine Chance darstellt, ihren Gewinn zu steigern, ihr Erscheinungsbild bei Investoren und Verbrauchern zu verbessern und ihre eigene Marke aufzuwerten. Die Delegation des Europäischen Parlaments begrüßt die Annahme des Aktionsplans 2015–2018 des Rats für soziale Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung Chiles (Consejo de Responsabilidad Social para el Desarrollo Sostenible de Chile), der konkrete Fördermaßnahmen u. a. zur Umsetzung der Empfehlungen der OECD, zur Entwicklung einer Basislinie staatlicher Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Verantwortung, zur Einrichtung eines Überwachungssystems und zur Aufnahme der CSR in die Handelsbeziehungen zwischen Chile und Drittländern enthält.
26. Bezüglich des Klimawandels nehmen sie mit großer Befriedigung das erste rechtsverbindliche, im Rahmen der Weltklimakonferenz COP 21 im Dezember 2015 in Paris von 195 Staaten unterzeichnete Abkommen zur Kenntnis, in dem sich sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsländer dazu verpflichtet haben, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft voranzutreiben. Sie begrüßen insbesondere die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten, einen Temperaturanstieg von 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter anzustreben, alle fünf Jahre ihre nationalen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgase zu überprüfen und über ihre Emissionen und ihre Anstrengungen zu deren Reduzierung Bericht zu erstatten. Sie fordert beide Seiten dazu auf, ihre Kooperation in den entsprechenden internationalen Foren zu verstärken, um so, insbesondere für den Verkehrssektor, eine ehrgeizige Klimaagenda zu erwirken.
27. Sie bekräftigen ihre Absicht, ihre Geschäftsordnung mit dem Ziel zu ändern, zwei jährliche gemeinsame Sitzungen abzuhalten, wie es seit der Einsetzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses gehandhabt wurde. Sie sind der Ansicht, dass die Abhaltung von zwei jährlichen Sitzungen es ermöglicht, einen wirksamen Beitrag des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses zu der Arbeit der übrigen Gremien der Assoziation, insbesondere des Assoziationsausschusses und des Assoziationsrates, zu gewährleisten.

28. Die Delegationen vereinbaren ihre nächste Sitzung für das zweite Halbjahr 2016 in Chile.

Unterzeichnet in Brüssel, am 26. April 2016

**Delegation des Europäischen Parlaments
im Gemischten Parlamentarischen
Ausschuss EU-Chile**

**Delegation des Nationalkongresses Chiles im
Gemischten Parlamentarischen Ausschuss
EU-Chile**

**Constanze Krehl
Vorsitzende**

**Pablo Lorenzini
Präsident**